DEUTSCHES LIEFERKETTENGESETZ – „EINE SOUVERÄNE ROHSTOFFPOLITIK SOLLTE DEN HANDEL NICHT NUR KONTROLLIEREN, SONDERN AUCH UNTERSTÜTZEN“

13. Januar 2023

Seit dem 01. Januar 2023 gilt das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Der VDM Verband Deutscher Metallhändler und Recycler mahnt an, dass die Rohstoffsicherung für Deutschland mehr benötigt als eine wachsende Anzahl an Berichtspflichten.

„Der mittelständische Sondermetallhandel kann sich aus Asien nicht einfach zurückziehen“, gibt Maarten Gassmann, Leiter des Bereiches strategische Sondermetalle mit Blick auf die aktuelle Rohstoffversorgung Deutschlands zu bedenken. „Wenn europäische Schlüsselindustrien weiterhin zuverlässig mit Spezialmetallen versorgt werden sollen, dann muss der internationale Metallhandel nicht nur kontrolliert, sondern auch gefördert werden“, so Gassmann.

Die Berichtspflichten für den internationalen Rohstoffhandel nehmen seit Jahren zu. Neben der EU-Konfliktmineralienverordnung gibt es seit Anfang dieses Jahres auch ein deutsches Sorgfaltspflichtengesetz. Hinzutreten werden in den kommenden Monaten das EU-Lieferkettengesetz, die Corporate Sustainability Due Diligence Directive, die Corporate Sustainability Reporting Directive und die EU-Taxonomie-Verordnung.

Die Unterstützung seitens der Politik den Berichtspflichten nachzukommen, sei zwar gut, aber sie hilft dem Metallhandel nicht, wenn es darum geht, in Konkurrenz zu anderen Staaten Rohstoffe auf dem Weltmarkt für den Standort Deutschland zu

sichern. Leiter Gassmann mahnt deshalb an: „Wenn wir unsere Resilienz erhöhen wollen, dann darf der Gesetzgeber das regulatorische Korsett nicht immer enger schnüren bis uns die Luft wegbleibt, sondern muss den Import von Rohstoffen, für den der Handel Sorge leistet und erhebliche Risiken übernimmt, unterstützen“.

Besonders der mittelständische Rohstoffhandel mit seinen verschiedenen Spezialisten wird wegen der komplexen Auflagen aus Märkten gedrängt, in dem sie oft der einzige Spieler sind, der für die deutsche Industrie Beschaffung betreibt. „Wenn unsere Mitglieder entscheiden, aufgrund von Auflagen vermehrt Kunden außerhalb Deutschlands mit Sondermetallen und anderen Rohstoffen zu beliefern, dann müssen wir dies als Alarmsignal für eine stabile Versorgung werten“, heißt es aus dem Bereich für strategische Sondermetalle.

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung beruht auf drei Säulen. Neben dem Recycling und dem Bergbau soll der Import von Rohstoffen den Bedarf unserer Industrie sichern.

Diese dritte Säule komme laut VDM in der rohstoffpolitischen Debatte zu kurz. „Den Bedarf Deutschlands und der EU nach Metallen wie Wolfram, Kobalt, Molybdän oder Indium werden wir nicht allein über das Recycling oder Bergbaubeteiligungen decken können, erst recht nicht, wenn die angestrebten Ziele bei den Erneuerbaren Energien oder der Elektromobilität auch nur annähernd erreicht werden sollen. Hier benötigen wir Händler, die sich auf dem Weltmarkt behaupten können“, erklärt Gassmann abschließend.

Der Verband schlägt drei Maßnahmen für eine Verbesserung des importierenden Handels vor:

1. Vereinheitlichung und Vereinfachung der Berichtspflichten durch eine One-Stop-Shop Solution (Turnus der Prüfung, Tiefe der Kontrolle).
2. Risikoreduzierung und Kostenersparnis für Unternehmen, die kritische Rohstoffe importieren, durch eine verbindliche Whitelist der Hersteller durch die EU.
3. Steuerliche Vorteile, um die wirtschaftlichen Nachteile und Risiken abzufedern, die die Beschaffung und den Import von kritischen Rohstoffen belasten.